

Menschenwürdige Arbeit muss in Globalen Wertschöpfungsketten Vorrang vor Wettbewerb und Arbeitsteilung haben

Fachgespräch anlässlich des 50 Jährigen Bestehens von Justitia et Pax

Berlin, 20. Oktober 2017 „In aktuellen globalen Kontexten müssen Wertschöpfung und Arbeit neu gedacht werden. Gesellschaftliche Sorgearbeit, auch Sorge um die Schöpfung haben einen viel höheren Stellenwert als früher. Die Frage nach der Definition von Realwirtschaft, von Produktivität stellt sich neu.“ Angesichts dieser Bedingungen stellte der Jesuit Pierre Martinot- Lagarde von der Internationalen Arbeitsorganisation den sozialen Dialog als weiterführenden Weg heraus.

In seinem Einführungsimpuls bei dem Internationalen Fachgespräch „Menschenwürdige Arbeit in globalen Wertschöpfungsketten“ unterstrich er die Bedeutung der katholischen Sozialethik für die Arbeit der fast 100 Jahre alten ersten Fachorganisation der Vereinten Nationen. Anlass war die Festveranstaltung zum 50- jährigem Bestehen der Deutschen Kommission Justitia et Pax, die am 20. Oktober 2017 in der Katholischen Akademie in Berlin stattfand. „Die Würde und Rechte des Menschen bei der Arbeit, wie sie in den Sozialzyklen der Päpste seit dem Ende des 18. Jahrhunderts beschrieben sind, müssen auch angesichts der Herausforderungen der globalisierten Arbeitsmärkte und Wertschöpfungsketten zur Geltung kommen.

Nicola Piper, Migrationsexpertin aus Australien, stellte die ökonomischen Zusammenhänge zwischen Wanderarbeitern, einer besonders verletzlichen Gruppe, und der Globalisierung dar. Die ILO-Konvention 189 zum Schutz der Rechte von Hausangestellten z. B. war ein Durchbruch auf der Ebene des internationalen Rechtes insbesondere für Arbeitsmigrantinnen.

Namrata Bali von der Self Employed Women's Association, der ersten Frauengewerkschaft in der informellen Wirtschaft in Indien mit 1,9 Mio. Mitgliedern, betonte in ihrem Vortrag die Bedeutung des Rechts auf Organisationsfreiheit. Dies sei gerade im Zusammenhang mit den informellen Arbeitssträngen in den globalen Wertschöpfungsketten der Königsweg, die Rechte von Heimarbeiterinnen durchzusetzen.

Zusammen mit Harald Schaum, dem stv. Vorsitzenden der IGBAU und Dr. Uwe Mazura, dem Geschäftsführer des Industrieverbandes textil + mode diskutierten die Expertinnen die Verantwortung der Sozialpartner, Unternehmen und Gewerkschaften und der Regierungen für die für die Einhaltung und Überprüfung von Arbeitsrechten.

Martinot- Lagarde wies abschließend auf das Prinzip der geteilten Verantwortung hin. Regierungen seien in der Pflicht, wenn es um Gesetzgebung oder die Wahrnehmung staatlicher Gewalt geht. Am Beispiel der Arbeitsinspektion werde deutlich, dass die Umsetzung immer auch auf die Mitwirkung der Sozialpartner angewiesen sei.

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
103318
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Dr. Hildegard Hagemann
Referat Entwicklung
Telefax ++49(0)228-
Tel: 0228 - 103 317